Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9732**

17. Wahlperiode 22. 05. 2012

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Eva Bulling-Schröter, Ulla Lötzer, Annette Groth, Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Sahra Wagenknecht, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Rio+20 – Globale Gerechtigkeit statt grüner Kapitalismus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. 20 Jahre nach der ersten Konferenz der Vereinten Nationen (VN) über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro trifft die Staatenwelt in Brasilien zur VN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung (UNCSD) erneut zusammen. Leitthemen der Konferenz vom 20. bis 22. Juni 2012 sind „Umweltverträgliche Wirtschaft im Kontext von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“ und „der institutionelle Rahmen für nachhaltige Entwicklung“. Lange galt der „Erdgipfel“ von 1992 als Meilenstein der internationalen Diplomatie des 20. Jahrhunderts. Das dem Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ von 1987 entnommene Paradigma der nachhaltigen Entwicklung postulierte dauerhaften Frieden und Wohlstand durch eine Wirtschaftsweise, bei der soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz zum Wohlergehen der Menschheit und Erhaltung der Natur im Vordergrund stehen. Millionen Menschen ließen sich von diesem Aufbruch begeistern, hinterfragten ihr Konsumverhalten und brachten sich in lokale „Agenda 21“-Initiativen ein. Drei Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges erhofften sich die Menschen eine Friedensdividende: Durch militärische Abrüstung sollten Mittel für zivile Entwicklung frei werden.

2. Die Hoffnungen auf nachhaltige Entwicklung haben sich nicht erfüllt, im Gegenteil:

   – Die Dominanz neoliberaler Politik hat die soziale Ungleichheit weltweit verschärft. Während in den Ländern des Südens weiterhin Millionen Menschen hungern und in Armut leben, haben neoliberale Reformen in Deutschland und anderen Industrieländern den Reichtum weiter konzentriert und die beschleunigte Verarmung immer größerer Bevölkerungsgruppen verursacht. Diese Politik führte einerseits in die tiefste Krise des Kapitalismus seit Jahrzehnten, andererseits gelang es den Vermögenden in den Industriestaaten, ihren Reichtum in der Krise abzusichern und alle Krisenkosten auf die Steuerzahler, die Empfänger von Sozialtransfers, auf abhängig Beschäftigte und Rentner abzuwälzen.

   – Die Bundesregierung setzte in der Europäischen Union eine strikte Sparpolitik durch, die die Krise noch verschärft und die Länder der Euro-Peri-

pherie in den wirtschaftlichen Kollaps treibt. Ungeachtet der jahrzehntelangen Erfahrungen mit den katastrophalen Auswirkungen der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten Strukturanpassungsprogramme (SAP) im globalen Süden halten die multilateralen Kreditgeber an der Strategie restriktiver Kürzungsprogramme, an Privatisierungs- und Liberalisierungsauflagen fest.

– Infolge der Deregulierung staatlicher Ordnungs- und Lenkungskompetenzen kam es zu einer wachsenden Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht ohne demokratische Legitimation und Kontrolle. Hoffnungen auf einen Aufbruch in offene, demokratischere Gesellschaften, die sich mit der VN-Konferenz von 1992 verbanden, wurden enttäuscht und in ihr Gegenteil verkehrt: Mehr denn je werden die Gesellschaften vom Diktat der Finanzmärkte und Konzernlobbys beherrscht, demokratische Rechte in der Krise dramatisch abgebaut.

– Zur Wirtschafts- und Demokratiekrise trat die ökologische Krise. Der Raubbau an den natürlichen Ressourcen, Umweltzerstörung und Klimawandel wurden in den letzten 20 Jahren nicht etwa gestoppt oder zurückgedrängt, sondern haben sich verstärkt. Der um ein Vielfaches größere Energie- und Rohstoffverbrauch in den Industriestaaten, verbunden mit entsprechenden Emissionen klimaschädlicher Gase, ließ die ökologische Schuld des Nordens weiter anwachsen, während soziale, wirtschaftliche und ökologische Risiken durch die Verlagerung umweltschädlicher Produktionsanlagen auf die Bevölkerungen des globalen Südens abgewälzt werden. Eine konsequente Energiewende weg von fossilen Trägern und Atomkraft hin zum dezentralen Einsatz erneuerbarer Energien blieb bisher aus.

– Die internationalen Verteilungskämpfe um Ressourcen haben an Schärfe zugenommen und werden zunehmend militärisch ausgetragen. Rund 1 600 Mrd. US-Dollar werden weltweit jährlich für Rüstung ausgegeben, ein Vielfaches des finanziellen Einsatzes für die Bekämpfung von Hunger und Armut.

3. Wenn nun nach 20 Jahren in Rio de Janeiro die Konferenz über Nachhaltige Entwicklung („Rio+20“) stattfindet, wären eine kritische Bestandsaufnahme und eine radikale Abkehr vom bisherigen Entwicklungsweg dringend angezeigt. Stattdessen versuchen Regierungen sowie Finanz- und Großindustrie, die VN-Konferenz für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Unter dem Deckmantel von Armutsbekämpfung und Umweltschutz sollen internationale Machtasymmetrien in den wirtschaftlichen Beziehungen und die wachsende globale Ungleichheit fortgeschrieben werden und einen grünen Anstrich erhalten. In richtungsweisenden Dokumenten zur Vorbereitung des Gipfels wird dabei eine Umkehrung des Nachhaltigkeits-Anspruches von 1992 vorgenommen: Nicht mehr der Mensch, sondern die Interessen der Wirtschaft werden in den Mittelpunkt gestellt.

– Das Konzept der „Green Economy“, beschrieben etwa in dem Bericht „Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication” des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), hinterfragt nicht die destruktiven Triebkräfte des entfesselten Marktes, sondern strebt im Gegenteil an, sämtliche Bereiche des Lebens der Marktlogik zu unterwerfen. Investitionen sollen in klima- und umweltfreundliche Technologien gelenkt, die natürlichen Ressourcen mit einem Warenwert versehen, kommerzialisiert und privatisiert werden. Bewertungssysteme für marktbasierte Umweltdienstleistungen wie der internationale Handel mit Emissionsrechten, REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forrest Degradation), ethisch und sozial bedenkliche

Gen-, Bio- und Geotechnologien werden als Mittel gegen Armut, Hunger, Waldschwund, Artensterben und Klimaerwärmung präsentiert.

– In den Ratsschlussfolgerungen „Rio+20: Wege zu einer nachhaltigen Zukunft“ auf Ratsdokument 7514/12 orientiert sich die Europäische Union (EU) auf eine Vertiefung ihrer neoliberalen internationalen Agenda mit grünem Anstrich. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit will sie über Projekte der öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) die Rolle der Privatwirtschaft stärken. Unter dem Vorwand, die Diffusion umweltfreundlicher Güter und Technologien zu fördern, sollen Investitions- und Handelshemmnisse für europäische Unternehmen beseitigt und der Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtert werden.

4. Die Folgen einer kapitalistischen „grünen Wirtschaft“, die der Struktur und Macht der Konzerne entspricht, sind längst sichtbar. Großprojekte wie Desertec oder transkontinentale Supergrids für großräumigen Stromexport können sozial-ökologische Konflikte hervorrufen und neokoloniale Abhängigkeiten verstärken. Der gesteigerte Bedarf der Industrieländer an Agrokraftstoffen verursacht in den Ländern des Südens Entwaldung, Nutzungsverdrängung und Vertreibung. Patentanmeldungen auf Genmaterial von Saatgut durch Nahrungsmittelkonzerne beraubt Bauernfamilien ihrer Existenzgrundlagen, traditionelle medizinische Heilmittel und Duftstoffe werden lokalen Bevölkerungen durch Biopiraterie entwendet. Wachsende Rohstoff- und Energienachfrage trägt unmittelbar dazu bei, die Nahrungskrise in den Ländern des Südens zu verschärfen. Abbau von Uran, wie in Mali oder Niger, der in einigen westeuropäischen Ländern bedeutende Anteile der elektrischen Energie absichert, führt in den Abbaugebieten zu schwerwiegenden ökologischen und sozialen Verwerfungen und gefährdet die Gesundheit der Menschen.

5. Die Strukturen der Vereinten Nationen im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich tragen zum Ausverkauf der Natur und öffentlichen Güter und damit zur Vergrößerung der globalen Ungleichheit bei. Anstatt staatlichen Akteuren die Durchsetzung verbindlicher Standards für Nachhaltigkeit zu empfehlen, optierten die VN zur Jahrtausendwende für „freiwillige Initiativen“ und „Partnerschaften“. Die VN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) ist zur losen Plattform für die Anbahnung öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) geworden, die als verdeckte Form von Privatisierung, Deregulierung und Informalisierung zwischen Regierungen – oft abseits von demokratischer Legitimität, ohne gesellschaftliche Kontrolle und Transparenz – und Konzernen (Wasser, Sanitärversorgung, Gesundheitsversorgung, Energie, Transport, Wohnen, Bildung, Abfall) abgeschlossen werden und diesen ermöglicht, in noch nicht eroberte Märkte des globalen Südens vorzudringen und ihre Marktmacht abseits staatlicher Kontrolle über die Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Arbeitsrecht zu festigen.

6. In vielen Teilen der Welt werden die neoliberalen Dogmen unterdessen radikal in Frage gestellt. In Lateinamerika haben soziale Bewegungen linke Parteien an die Regierung gebracht, die die Voraussetzungen für einen sozialen und demokratischen Wandel in ihren Ländern schaffen, indem sie die staatliche und gesellschaftliche Kontrolle über bedeutsame Teile ihrer Volkswirtschaften wiederherstellen, Formen solidarischer Wirtschaft erproben, den öffentlichen Sektor stärken, in Daseinsvorsorge und Sozialprogramme investieren. Durch regionale Kooperation, z. B. im Rahmen des Integrationsprojektes ALBA, versuchen sie, ihre historische Abhängigkeit vom Norden zu verringern und Spielräume für eine eigenständige Entwicklung zu schaffen. Dem Konzept der „Green Economy“ stellen sie alternative Vorstellungen entgegen, die die materielle, soziale und spirituelle Zufriedenheit für alle Mitglieder der Gemeinschaft, jedoch nicht auf Kosten anderer Mitglieder und nicht auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen anstreben.

7. Im Vorfeld der Konferenz der Vereinten Nationen über Nachhaltige Entwicklung (UNCSD) haben das International Network of Engineers and Scientists for Global Reponsibility (INES), das International Peace Bureau (IPB) und Foreign Policy in Focus (FPF), unterstützt durch zahlreiche Nobelpreisträger, einen Appell mit dem Titel „Disarmament for Sustainable Development“ veröffentlicht. Sie kritisieren, dass die weltweit für Rüstung aufgebrachten Mittel um ein Vielfaches die für die Bekämpfung von Hunger und Armut eingesetzten Mittel übersteigen. Sie rufen die UNCSD-Teilnehmer auf, beginnend mit 2013 eine Reduktion der jährlichen Rüstungsausgaben um 10 Prozent zu verabreden. Die dadurch frei werdenden Mittel in Höhe von rund 150 Mrd. US-Dollar jährlich sollen einem neu zu schaffenden Fonds bei den Vereinten Nationen für die Hunger- und Armutsbekämpfung zur Verfügung gestellt werden.
8. In der Folge der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) von 1992 war es weltweit zu einem breiten Aufbruch zivilgesellschaftlichen Engagements gekommen. Nach 20 Jahren hat angesichts der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen und anhaltender Umweltzerstörung und Erderwärmung vielerorts die Erkenntnis Raum gegriffen, dass allein ein grundsätzlicher Wandel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen die Voraussetzung für eine wirklich nachhaltige Entwicklung ist. Ein „grüner“ Kapitalismus kann daher nicht die Antwort auf die Frage nach ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit sein. Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich, dass die Konferenz der Vereinten Nationen über Nachhaltige Entwicklung (UNCSD) von einem Alternativgipfel (people’s summit) kritisch begleitet wird, auf dem echte Alternativen zum „grünen“ Neoliberalismus diskutiert werden, und unterstützt den Global Action Day am 20. Juni 2012.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf der VN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung für eine umfassende Abrüstungsinitiative einzusetzen und in diesem Sinne
   – den Aufruf „Disarmament for Sustainable Development“ zur Kenntnis zu nehmen und ihn auf der VN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung (UNCSD) in Rio de Janeiro einzubringen,
   – mit den auf der VN-Konferenz vertretenen Regierungen über die in dem Aufruf dargestellten Schritte zur Abrüstung und Umwidmung von Rüstungsetats zugunsten der Bekämpfung von Hunger und Armut zu verhandeln und den Deutschen Bundestag im Anschluss an die Konferenz über die diesbezüglichen Ergebnisse zu unterrichten;
2. sich für eine radikale Veränderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden einzusetzen und in diesem Sinne
   – in der Europäischen Union (EU) dafür einzutreten, dass die Verhandlungen über Freihandelsabkommen der EU mit Indien sowie Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien, der Abschluss der Handelsabkommen mit Kolumbien, Peru und Zentralamerika und der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten (Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks) umgewidmet werden in entwicklungsförderliche Verhandlungsmandate für Handelsabkommen,
   – sich für einen konsequenten Technologie- und Wissenstransfer von Nord nach Süd und einen Erfahrungstransfer alternativer Lebensweisen von Süd nach Nord auf internationaler Ebene einzusetzen und einen solchen in der internationalen Zusammenarbeit Deutschlands fest zu verankern,

- sich für einen umfassenden Schuldenerlass einzusetzen,
- konkrete Schritte zur Regulierung der globalen Finanzmärkte einzubringen, insbesondere auf ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln, die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer und die Erhebung einer globalen Kohlendioxidsteuer zu dringen,
- sich für ein Ende von Agrarsubventionen in Industriestaaten einzusetzen,
- sich für den Erlass eines Moratoriums für den Import von Agrokraftstoffen aus Ländern des Südens einzusetzen,
- sich im Rahmen von Verhandlungen zu nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) neben verbindlichen Zielen für Klimaschutz, Ressourcennutzung und Verschmutzung für die Verankerung wirtschaftlicher und sozialer Ziele wie nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, Ausrottung der Armut und Reform des globalen Finanz- und Steuersystems einzusetzen,
- sich auf VN-Ebene für eine wissenschaftliche Überprüfung zur Wirksamkeit bestehender marktbasierter Instrumentarien zur Bekämpfung von Klimawandel und Waldzerstörung (CDM, REED, REED+) einzusetzen;

3. sich für eine Reform der Vereinten Nationen (VN) einzusetzen mit dem Ziel, die VN durch die Stärkung der Generalversammlung zu demokratisieren und ihre entwicklungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Kompetenzen zu stärken, indem
   - ein Fonds zur Kompensierung von kolonialer Ausbeutung und Klimawandelfolgen eingerichtet wird,
   - der Wirtschafts- und Sozialrat der VN (ECOSOC) und die Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) institutionell, personell und finanziell gestärkt werden,
   - eine in die VN integrierte Kartellbehörde zur Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen gegründet wird,
   - im Rahmen bestehender und künftiger VN-Strukturen (UNEP, CSD) verbindliche Nachhaltigkeitsregeln und Ziele für staatliche und nichtstaatliche Akteure implementiert werden,
   - die Weltbank und der Internationale Währungsfonds in das VN-System eingegliedert werden;
4. die Unterzeichnung des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt; International Covenant on Economic, Social an Cultural Rights – ICESCR), mit dem Einzelpersonen beim VN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) Beschwerde einlegen können, wenn sie ihre im VN-Sozialpakt garantierten Rechte verletzt sehen, zu beschließen und dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung vorzulegen.

Berlin, den 22. Mai 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333